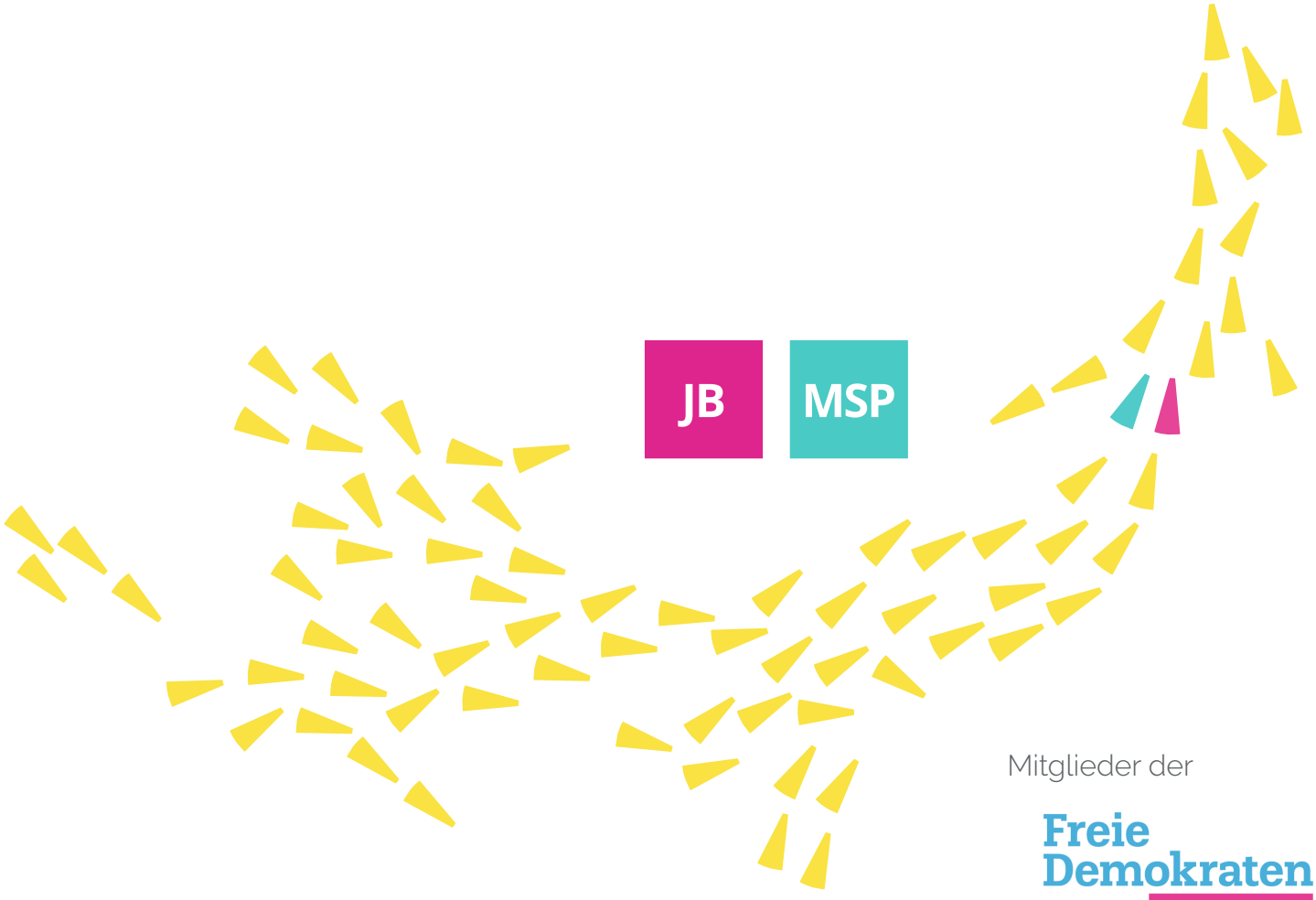
FÜR SIE 2

Arbeitsschwerpunkte

Themen die uns bewegen

INHALTSSCHWER

Zwei Niedersachsen. Siebenundzwanzig Themen. Eine Auswahl.



Mitglieder der

Freie Demokraten

Fraktion im Bundestag FDP

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

unsere Aufgaben als Abgeordnete sind für uns zugleich Ehre, Verpflichtung und tägliche Mahnung. Es geht dabei immer um unser Land und vor allem die Menschen, die es ausmachen. Egal ob bei den großen Themen der Bundespolitik, unseren Fachthemen oder den tief vor Ort verwurzelten kommunalen Aufgaben im Wahlkreis: Immer geht es um das eigene Ideal, das Ringen um die besten Lösungen und die Bereitschaft zur Einigung.

Demokratie zu leben ist nicht immer einfach. Oft braucht es dazu Mut und die feste Überzeugung, immer wieder für Freiheit und Selbstbestimmung einzutreten. Es geht fortwährend darum, für unsere Werte und unsere offene Gesellschaft, schlicht für unsere Art zu leben, einzustehen. Nur dann haben ideologische oder rückwärtsgerichtete Populisten keine Chance.

Jens Beeck

Matthias Seestern-Pauly

FÜR SIE 2

GRUSSWORT

Christian Dürr MdB

Vorsitzender der Landesgruppe Nord
der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

Mit einem tollen Ergebnis konnten wir am 24. September 2017 den Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag feiern. Nachdem sich die Bundestagsfraktion konstituiert hatte, war uns schnell klar, dass wir auch eine Landesgruppe zur Koordinierung der norddeutschen Themen brauchen. Aus heutiger Sicht kann ich sagen: Das hat sich gelohnt!

Die Landesgruppe Nord – dazu gehören alle FDP-Abgeordneten aus Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein – trifft sich vor jeder Fraktionssitzung, um sich intern zu besprechen. Daraus haben sich im letzten Jahr viele Synergieeffekte ergeben, die wir für unsere parlamentarische Arbeit hervorragend nutzen konnten. Wöchentlich analysieren wir, welche Konsequenzen sich durch die bundesweiten Initiativen konkret für Norddeutschland ergeben und überlegen uns neue Ideen, um unseren Standort besser zu machen. Diese charmante norddeutsche Gruppe macht nicht nur hervorragend Arbeit im Deutschen Bundestag, sondern hat auch bei der Zusammenarbeit eine Menge Spaß.

GRUSSWORT

Björn Försterling MdL

Bildungspolitischer Sprecher
der FDP-Landtagsfraktion Niedersachsen

Sie sind nicht nur oft in der Region Braunschweig unterwegs, sondern auch inhaltlich läuft die Zusammenarbeit mit Jens Beeck und Matthias Seestern-Pauly rund.

Nach der erfolgreich aus der Opposition heraus umgesetzten Realisierung des lange versprochenen Digitalpakts gilt es jetzt zwischen Bund und Ländern dafür zu sorgen, dass nicht sinnlos Geld in Endgeräte investiert wird, sondern Digitalisierung auch in der Didaktik ankommt. Mit Matthias sind wir dort auf Bundesebene gut aufgestellt, um im Dialog den Digitalpakt mit Inhalten zu füllen.

In meiner ehrenamtlichen Tätigkeit beim Deutschen Roten Kreuz geht es darum Menschen in Notlagen zu helfen, ihnen Teilhabe zu ermöglichen und sie solange und soweit wie möglich ein selbstbestimmtes Leben leben zu lassen. Genau diese Grundsätze sind in der sozialpolitischen Agenda von Jens zu erkennen und so ergeben sich zahlreiche Anknüpfungspunkte, beispielsweise in der Frage, wie wir Menschen mit Behinderung in den Arbeitsalltag integrieren können.

FÜR SIE 2

Brexit

europäischer Zusammenhalt

Warten auf Godot – ein Klassiker. Unweigerlich muss man daran denken, wenn es um den Brexit geht. Im Theaterstück weiß man nichts Genaues über Godot, noch nicht einmal, ob Godot wirklich existiert. Dennoch wird gewartet. Am 28. März hätte Großbritannien die EU verlassen sollen. Hätte. Im Moment warten wir. Warten auf den Brexit. Und warten ist das Gebot der Stunde. Das Londoner Chaos darf nicht unser Chaos werden. Wir brauchen Geschlossenheit auf Seiten der EU. Das Mantra, das die Austrittsverhandlungen begleitet hat, bleibt: Es darf kein Rosinenpicken geben. Wir haben drei Jahre lang sehr konstruktiv mit unseren Partnern in Großbritannien gerungen. Wir haben

JB MSP

ein Austrittsabkommen verhandelt, das rote Linien beider Seiten berücksichtigt. Dass nun die britische Seite erwartet, dass 27 andere Staaten und die Europäische Union das Abkommen wieder aufschnüren und im Galopp ändern und ratifizieren – das geht nicht. Die Zeit drängt. Die jetzige Verlängerung kann nur eine letzte Notlösung sein.

Es muss nun endlich ein Ergebnis geben, auf das sich alle verlassen können.

Deutschland ist in der Flüchtlingskrise seiner Verantwortung gerecht geworden. Im In- und Ausland nimmt aber das Entsetzen über die Debattenkultur der AfD zu. Hetze, Häme und Hass sind Stilmittel dieser rechtsextremen Partei, die nicht nur gegen Flüchtlinge, sondern auch gegen Menschen mit Behinderungen, Alleinerziehende oder Homosexuelle agitiert und auch vor Opfern des Holocaust nicht haltmacht. Intoleranz und die Infragestellung unserer Grundrechte münden in unverhohlener Ablehnung unserer Demokratie. Sichtbar und argumentativ müssen wir jederzeit und an jedem Ort mit unseren liberalen Werten dagegenhalten.

Demokratie

Rechtsstaat statt rechter Staat

Causa Maaßen

unsere Dienste sind reformbedürftig

Wenn ein Verfassungsschutzpräsident in Deutschland zweifelhafte Vorkommnisse verteidigt und die Bundesregierung Wochen braucht, um die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, dann ist etwas faul. Die Große Koalition, bei der ein Partner in Teilen Deutschlands nur noch viertstärkste Kraft ist, hat abgewirtschaftet und hangelt sich nur noch mühsam von Krise zu Krise. Die angedachte Beförderung von Herrn Maaßen im Sommer 2018 zeigte: die Hauptprotagonisten von CDU, CSU und SPD haben sich längst von den Menschen vor Ort entfremdet.

Unabhängig vom Gezanke der Koalitionäre erfüllt es uns

JB MSP

mit Sorge, wenn die Geheimdienste ein immer stärkeres Eigenleben entwickeln und in ihrer eigentlichen Aufgabenerfüllung erfolgloser werden. Es braucht eine echte Reform und Neuaufstellung der Strukturen.

Dazu fehlt der Regierung jeder Antrieb. Stattdessen verliert man sich in Gesetzesvorhaben, die man ‚stark' oder ‚gut' nennen muss, weil sonst keiner den Sinn versteht. Kurzum, es verkommt die gestaltende Politik zu reiner Augenwischerei mit inhaltsleeren Floskeln. Liebgewonnene Posten und Strukturen werden bewahrt, anstatt unser Land auf die großen Aufgaben der Digitalisierung vorzubereiten.

Erst zu Beginn des Jahres wurde wieder deutlich, dass persönliche und private Daten schon lange auch das Ziel von Kriminellen sind. Für uns Freie Demokraten ist klar: Das Internet ist kein rechtsfreier Raum. Denn auch im 21. Jahrhundert müssen die Menschen Gewissheit darüber haben, dass ihre Daten sicher sind.

Die Große Koalition beweist beim Thema Digitalisierung einmal mehr, dass sie weder in der Lage ist, aktiv zu gestalten noch die Sorgen der Bürger ernst zu nehmen. Als Freie Demokraten fordern wir deshalb ein Digitalministerium. Andernfalls geht das Wegducken weiter.

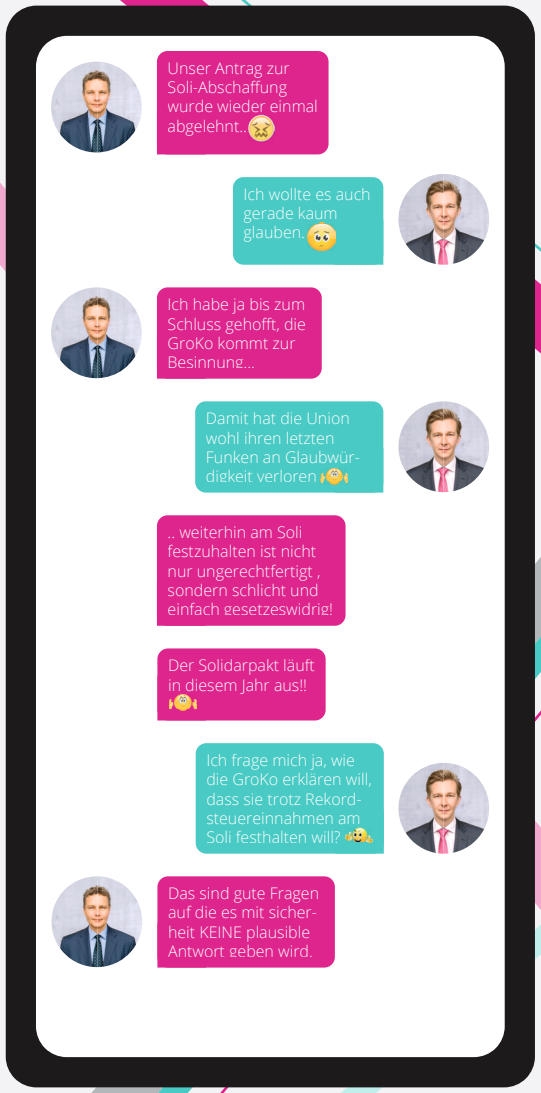
Datenraub

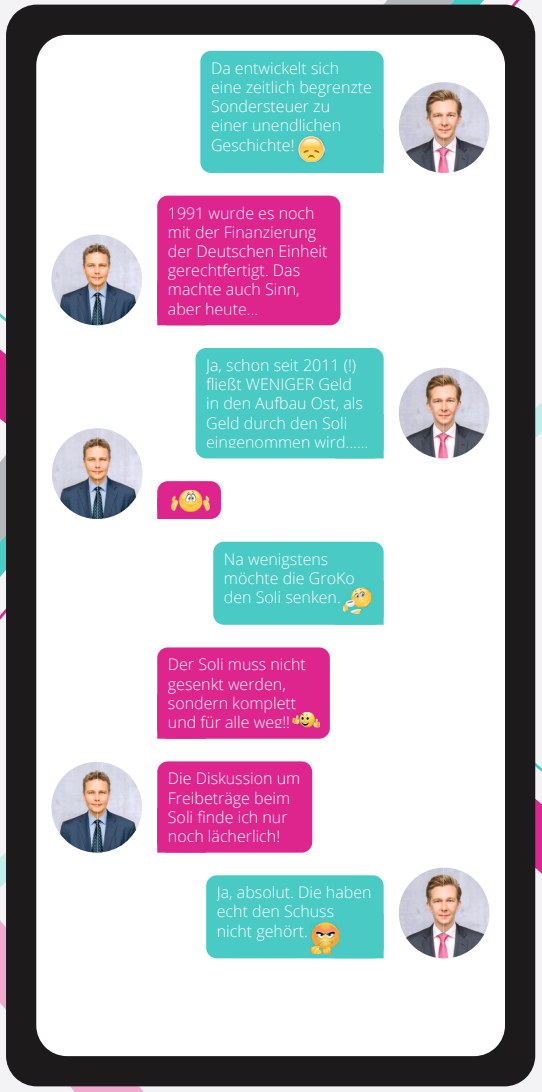
perönliche Daten im Visier

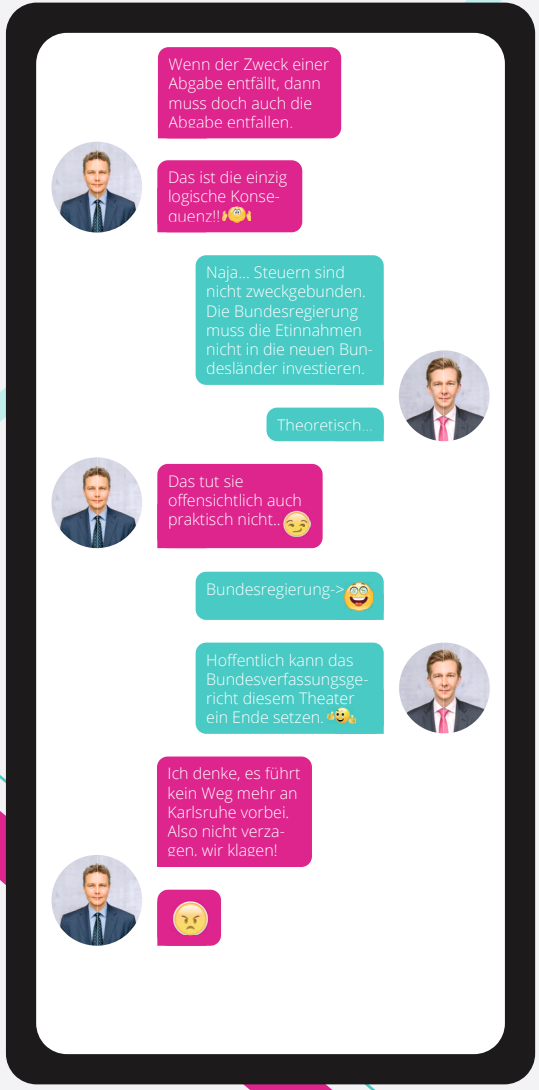
Solidaritätszuschlag

Sondersteuer endlich abschaffen

GRUNDLOS




Da entwickelt sich eine zeitlich begrenzte Sondersteuer zu einer unendlichen Geschichte!
1991 wurde es noch mit der Finanzierung der Deutschen Einheit gerechtfertigt. Das machte auch Sinn, aber heute...
Ja, schon seit 2011 (!) fließt WENIGER Geld in den Aufbau Ost, als Geld durch den Soli eingenommen wird.....
Na wenigstens möchte die GroKo den Soli senken.
Der Soli muss nicht gesenkt werden, sondern komplett und für alle weg!!
Die Diskussion um Freibeträge beim Soli finde ich nur noch lächerlich!
Ja, absolut. Die haben echt den Schuss nicht gehört.


Wenn der Zweck einer Abgabe entfällt, dann muss doch auch die Abgabe entfallen.
Das ist die einzig logische Konsequenz!!
Naja... Steuern sind nicht zweckgebunden. Die Bundesregierung muss die Etinnahmen nicht in die neuen Bundesländer investieren.
Theoretisch...
Das tut sie offensichtlich auch praktisch nicht..
Bundesregierung->
Hoffentlich kann das Bundesverfassungsgericht diesem Theater ein Ende setzen.
Ich denke, es führt kein Weg mehr an Karlsruhe vorbei. Also nicht verzagen, wir klagen!

JB MSP

Moorbrand

das Emsland hält zusammen

Im vergangenen Herbst wurde das Emsland von einem wochenlang schwelenden Moorbrand in Atem gehalten. Nachdem das Feuer während einer Erprobung auf dem Gelände der Bundeswehr bei Meppen ausgebrochen war, wurden viele Fehler gemacht. Wichtige Geräte standen nicht zur Verfügung und auch die Kommunikation ließ an vielen Stellen zu wünschen übrig.

Über 1.700 Helferinnen und Helfer waren im Einsatz, bis das Feuer im Oktober gelöscht werden konnte. Dies wäre ohne die herausragende Unterstützung vieler Menschen aus der Region nicht möglich gewesen.

JB MSP

Wir haben von Beginn an eine umfassende Aufklärung gefordert. Der daraus resultierende Abschlussbericht des Verteidigungsministeriums offenbart, dass der Ernst der Lage lange verkannt wurde. Außerdem enthält er viele Versprechungen. Den Ankündigungen müssen nun Taten folgen. Insbesondere die zusätzlichen Moorraupen und -bagger müssten schnellstmöglich zur Verfügung stehen. Wir werden weiter kritisch nachfragen!

Für die Freien Demokraten steht fest: Das oberste Ziel ist die Sicherheit der Bevölkerung. Deshalb darf sich ein Ereignis dieser Art nicht wiederholen.

Deutschland ist Vereinsweltmeister. In keinem anderen Land ist der ehrenamtliche Einsatz so stark verwurzelt. Statistisch gesehen ist jeder Deutsche in mindestens einem der 580.000 Vereine Mitglied. In Jugendförderung, Gesundheitsprävention oder im Rahmen gesellschaftlicher und politischer Teilhabe engagieren wir uns in unserer Freizeit.

Dieses Ehrenamt anzuerkennen, zu pflegen und zu unterstützen ist für uns ein wichtiger Teil der Arbeit in den Wahlkreisen, denn der Erfahrungsschatz der ehrenamtlich Tätigen darf nicht ungehoben bleiben. Das Ehrenamt fußt immer auf Rücksicht, Gemeinschaft und Einsatz.

Ehrenamt

Verantwortung für die Gesellschaft

Verkehrssicherheit

schutzlose Radfahrer in der Grafschaft

Das Radfahren gehört in unserer Region zum Alltag und uns allen liegt die Verkehrssicherheit aller Verkehrsteilnehmer am Herzen. In der Grafschaft Bentheim gab es 2013 ein ungewöhnlichtes Projekt zum Schutz von Radfahrern. Im Rahmen eines bundesweiten Modellversuches „Schutzstreifen außerorts“ wurden zusätzliche Fahrbahnmarkierungen angebracht. Ziel war es, die Auswirkungen von Fahrradschutzstreifen außerhalb von Ortschaften auf Verkehrssicherheit und Attraktivität des Radverkehrs zu überprüfen. Das Ergebnis zeigt, dass das Sicherheitsgefühl der Radfahrer und der Autofahrer steigt. Die Ministerialbürokratie in Berlin nimmt das, trotz mehrfacher Anfragen

JB MSP

an den Bundesverkehrsminister, nicht zur Kenntnis und hat die Abmarkierung der Schutzstreifen, die in der Grafschaft zusätzlich mit einer roten Farbmarkierung versehen wurden, gefordert.

Selbst die von uns und dem Landkreis vorgeschlagene Übergangslösung, bis zur Fertigstellung eines regulären Radweges auf eine teure Abmarkierung zu verzichten, wurde vom Bundesministerium grundlos abgelehnt. Das Radfahren bleibt aber erlaubt.

Wenn eine Autobahn direkt an einem Wohngebiet entlang führt, gibt es besondere Auflagen, beispielsweise für den Schallschutz. Aufgabe der Politik ist es dabei, die Anwohner schon frühzeitig in das Projekt einzubeziehen.

Beim dreispurigen Ausbau der A1 zwischen Bramsche und Neuenkirchen-Vörden werden zwar formal alle Anforderungen an den Schallschutz erfüllt. Die Bundesregierung hat es dennoch versäumt, den Kontakt zu den Betroffenen zu suchen. Auf diese Weise schwindet nicht nur der Rückhalt in der Region. Die Politik entfernt sich auch zunehmend von den Menschen vor Ort.

Infrastruktur

Bürger einbeziehen

Zusammenhalt

starke Mehrgenerationenhäuser

In deutschlandweit über 540 Mehrgenerationenhäusern (MGHs) wird sozialer Zusammenhalt aktiv gelebt. In vielfältigen Programmen werden nicht nur gemeinsame Aktivitäten für Jung und Alt angeboten, die Häuser sind auch ein Ort des Zusammenkommens. Auf diese Weise sind die MGHs ein fester Bestandteil unserer Gesellschaft geworden, sie sind ein Erfolgsprojekt.

Seit Beginn des ersten Bundesprogramms 2006 haben sich die Aufgaben verändert. Vor allem bei der Integration leisten die MGHs heute einen wichtigen Beitrag. Diese Veränderungen haben wir zum Anlass genommen, um bei den

JB MSP

540 Häusern abzufragen, was ihre Wünsche an die Politik sind. Viele äußerten dabei, dass die Förderung der Häuser trotz der neuen Aufgaben und stetig steigender Kosten nicht angepasst wurde.

Für uns sind freiwilliges Engagement und das Zusammenleben vieler Generationen unter einem Dach wichtige Bausteine unserer liberalen Bürgergesellschaft. Wir setzen uns dafür ein, dass MGHs gestärkt werden. Deshalb fordern wir, das Förderprogramm auszuweiten und dauerhaft abzusichern. Denn MGHs sind aus dem Leben Vieler nicht mehr wegzudenken.

Es ist schon beeindruckend, wenn Fertiggaragen per LKW ausgeliefert werden. Eine Garage wird auf dem LKW transportiert und die zweite auf dem Hänger dahinter. Die Garagenhersteller im Emsland waren daher zu Recht empört, als die Bundesländer, auch Niedersachsen, diese Möglichkeit zum gleichzeitigen Transport von zwei Garagen eingeschränkt haben. Nun darf nur noch eine Fertiggarage pro Fahrt ausgeliefert werden. Das führt zu erhöhtem Aufwand und zu einer stärkeren Umweltbelastung. Unsere Intervention bei der Landesregierung blieb leider ohne Reaktion. Die teure Zeche für die Unwilligkeit der Landesregierung zahlen nun Betriebe und Kunden.

Mittelstand

Betriebe nehmen Schaden

Wohnen

echte Lösungen: bauen, bauen, bauen

Die Debatte um bezahlbaren Wohnraum wird nicht nur in Niedersachsen, sondern vielerorts in Deutschland sehr emotional geführt. Für viele politische Akteure liegt die Lösung dabei auf der Hand: staatlicher Wohnungsbau.

Bei der Forderung nach mehr staatlichem Handeln wird ein Problem verkannt: Die Ursache für steigende Mieten liegt darin, dass zu wenig gebaut wird. Und gerade dies ist die Schuld des Staates. Denn durch lange und bürokratische Verfahren ziehen sich Bauvorhaben nicht nur in die Länge; sie werden auch sehr teuer. Zudem fehlt es an Bauland. Andere Parteien fordern dennoch die Neugründung oder

JB MSP

Rekommunalisierung von Baugenossenschaften oder gar Enteignungen. Doch diese sind kurzsichtig und teuer. Mit ihnen werden Symptome bekämpft, aber nicht die Ursachen.

Als Freie Demokraten wollen wir wirklich wirksame Maßnahmen umsetzen. Für uns liegt die Lösung in besseren Rahmenbedingungen beim Bauen. Deshalb machen wir uns dafür stark, dass Verfahren beschleunigt werden und von öffentlicher Seite mehr Bauland ausgewiesen wird.

Der Pflegenotstand macht es unerlässlich, die Pflegeberufe aufzuwerten. Die Landesregierung hat sich anders entschieden und eine in ihrer bestehenden Form überflüssige Pflegekammer installiert, mit Zwangsmitgliedschaft und Zwangsbeiträgen. Zu Recht gehen die Pflegekräfte in Niedersachsen auf die Barrikaden. Wir lehnen diese Fehlkonstruktion ab und haben uns in mehreren Veranstaltungen z.B. in Uelsen, Lingen, Osnabrück und Hannover eindeutig positioniert: Befragung aller Pflegefachkräfte zur Kammer; deutlich bessere Personalschlüssel; Bürokratieabbau und bessere finanzielle Ausstattung der Einrichtungen.

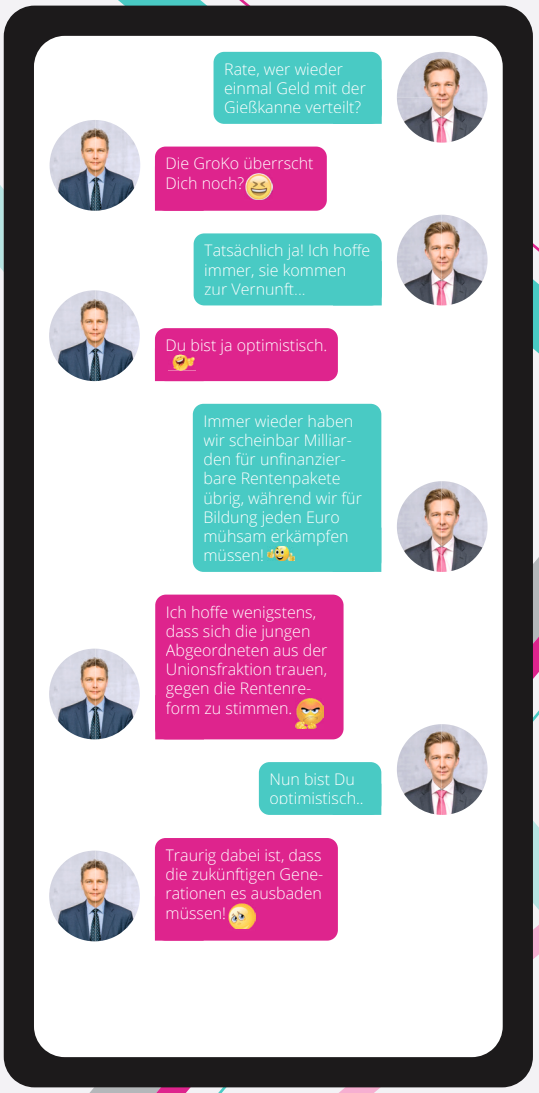
Pflegekammer

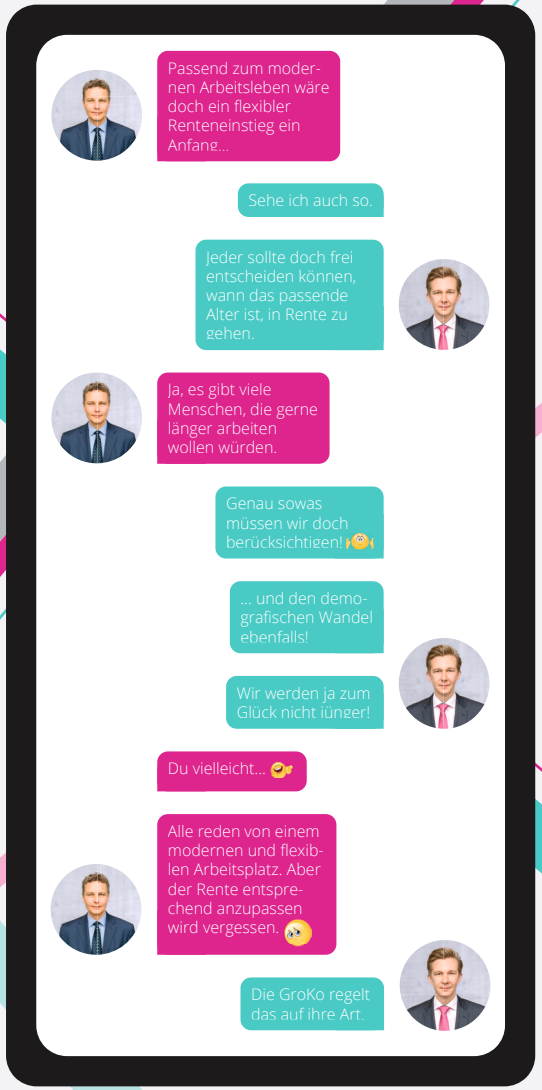
Vertrauen ist verspielt

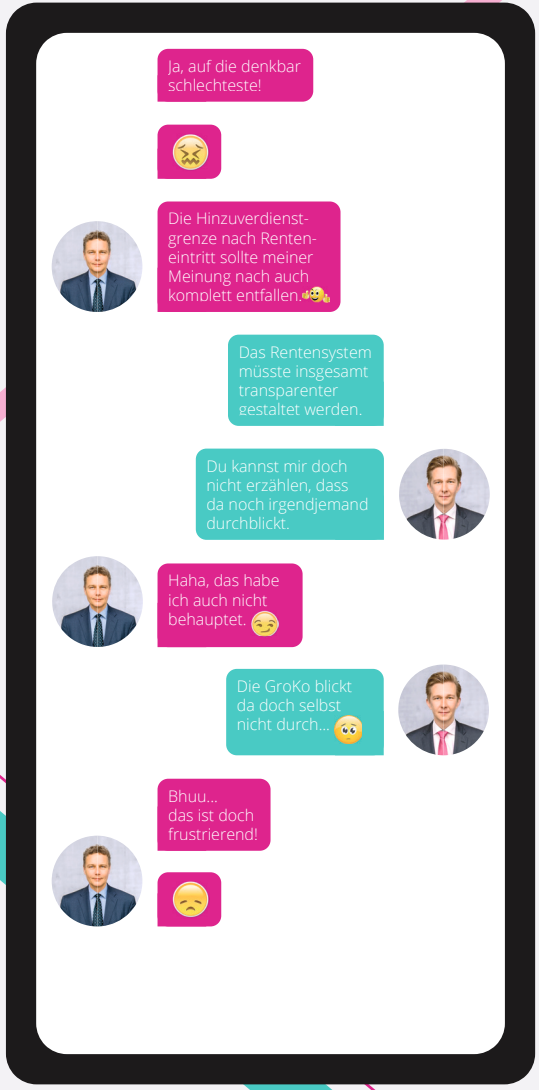
Rente

Flexibilität für das ganze Leben

ANPASSEN




Passend zum modernen Arbeitsleben wäre doch ein flexibler Renteneinstieg ein Anfang...
Sehe ich auch so.
Jeder sollte doch frei entscheiden können, wann das passende Alter ist, in Rente zu gehen.
Ja, es gibt viele Menschen, die gerne länger arbeiten wollen würden.
Genau sowas müssen wir doch berücksichtigen!
... und den demografischen Wandel ebenfalls!
Wir werden ja zum Glück nicht jünger!
Du vielleicht...
Alle reden von einem modernen und flexiblen Arbeitsplatz. Aber der Rente entsprechend anzupassen wird vergessen.
Die GroKo regelt das auf ihre Art.


Ja, auf die denkbar schlechteste!
Die Hinzuverdienstgrenze nach Renteneintritt sollte meiner Meinung nach auch komplett entfallen.
Das Rentensystem müsste insgesamt transparenter gestaltet werden.
Du kannst mir doch nicht erzählen, dass da noch irgendjemand durchblickt.
Haha, das habe ich auch nicht behauptet.
Die GroKo blickt da doch selbst nicht durch...
Bhuu... das ist doch frustrierend!

JB MSP

Medizinfortschritt

vorgeburtliche Untersuchungen

Persönliche Ereignisse wie Schwangerschaft und Geburt rücken immer dann in den politischen und medialen Mittelpunkt, sobald ethische Fragen aufgeworfen werden. Ist es eine ethische Frage, wenn medizinisch-technischer Fortschritt zu mehr und immer früher einsetzender Diagnostik führt? Die Antwort ist ja! Nicht-invasive Bluttests erlauben die Diagnostik von möglichen Behinderungen des Kindes in immer größerem Umfang. Unweigerlich schließen sich weitreichende Fragen nach dem Umgang mit diesem Wissen an.

Wir haben uns daher in einer interfraktionellen Parlamen-

JB MSP

tariergruppe auf eine ergebnisoffene Bundestagsdebatte geeinigt, in der Spannungsfelder zwischen Selbstbestimmung, Recht auf Wissen und Lebensrecht diskutiert werden sollen. Es geht schon längst nicht mehr um die vordergründige technische Zulassung dieser Tests. Der wahre Konflikt kann weder in dieser Debatte noch mittels gesetzlicher Änderungen vollständig aufgelöst werden. Es wird immer ein Konflikt bleiben. Vielmehr geht es um die Folgen sowie die Verantwortung und den Umgang mit möglicherweise bereits stattgefundenen gesellschaftlichen Verschiebungen.

Mehr als 40 Millionen Menschen in Deutschland sind erwerbstätig und aktuell gibt es 2,3 Millionen Arbeitslose. Beide Zahlen stehen dafür, wie sehr wir uns in unserer Gesellschaft über Erwerbsarbeit und Teilhabe an Arbeit definieren. Aber der Wunsch nach einem eigenständigen und auf eigenem Einkommen basierenden selbstbestimmten Leben wird Menschen mit Behinderungen noch nicht in gleichem Maße zugestanden. In vielen Köpfen geistert noch der alte Fürsorgegedanke herum, der jedoch nicht mehr zeitgemäß ist. Wir befürworten Zuschüsse an den Arbeitgeber, um Einkommen über Mindestlohnniveau zu schaffen, um Menschen mit Behinderungen den Weg zu ebnen.

Teilhabe

Eigenständigkeit im Arbeitsleben

Entschädigungsrecht

Schadensausgleich durch den Staat

Wer hat nicht die Bilder vom Breitscheidplatz oder vom Germanwingsabsturz vor Augen? Wer hat nicht schon mal von Raubüberfällen in seinem Wohnumfeld gehört? Menschen werden aus ihrem Alltag gerissen und müssen mit den Folgen leben. Der Staat hat die Aufgabe, die Bürger vor Gewalttaten zu schützen, ansonsten ist er zum Ausgleich verpflichtet. Das wird juristisch mit „Aufopferungsanspruch" beschrieben. Hinter dem Opferentschädigungsrecht verbirgt sich eine nahezu unbekannte Säule unseres Sozialsystems, die bis zur Versorgung der Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen des 2. Weltkrieges zurückreicht. Im Jahr 1976 wurden mit dem Opferentschädigungsgesetz die

JB MSP

Opfer von Gewalttaten, also Kriminalitätsopfer, mit einbezogen.

In dieser Wahlperiode soll das Soziale Entschädigungsrecht reformiert werden. Insgesamt sollen Betroffene z.B. durch geplante neue Einmalzahlungen mehr Gestaltungsspielraum erhalten, um ihre persönlichen Lebensziele verwirklichen zu können. Die Opfer von terroristischen Anschlägen sollen berücksichtigt und nicht – wie bisher – nur über Sonderfonds entschädigt werden. Unser Ziel ist es zudem, dass es einen Bundesopferbeauftragten geben soll, an den sich die Betroffenen direkt wenden können.

Das von Gesundheitsminister Spahn auf den Weg gebrachte Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) wird von vielen Seiten kritisiert. Auch wir Freie Demokraten lehnen weite Teile des TSVG ab.

Schon heute haben Ärzte zu wenig Zeit für ihre Patienten. Durch die Pläne der Bundesregierung nimmt der bürokratische Aufwand noch weiter zu. Außerdem wird vielen Patienten der Zugang zum Arzt erschwert statt erleichtert. Aus unserer Sicht verfehlt das Gesetz sein Ziel daher. Für uns ist klar: Die Patienten müssen im Mittelpunkt stehen und Ärzte müssen gestärkt werden.

TSVG

Bürokratie am Bürger vorbei

Bürgerrecht

Wahlrecht für Jeden

Jeder volljährige Bundesbürger ist wahlberechtigt. Von diesem verbrieften Recht gibt es jedoch Ausnahmen mit der Folge, dass Menschen unter Vollbetreuung bei der Bundestagswahl nicht wählen dürfen. Diese Kopplung von Wahlrecht und Betreuungsrecht ist nicht mehr zeitgemäß, sachlich nicht gerechtfertigt. Aus diesen Gründen haben wir bereits 2018 einen Gesetzentwurf zur Abschaffung der Regelung vorgelegt. Das Bundesverfassungsgericht gibt uns in der Sache Recht, denn im Januar 2019 wurde die Verfassungswidrigkeit des Wahlrechtsausschlusses festgestellt. Dennoch wurde von der Großen Koalition unser Gesetzentwurf abgelehnt. Betroffen sind fast 85.000 Men-

JB MSP

schen, davon allein nahezu 10.000 Menschen in Niedersachsen. Auch an der im Mai stattfindenden Europawahl können sie nicht teilnehmen, da ihnen die Große Koalition dieses elementare Bürgerrecht weiter vorenthält. Hier geht es um Menschen, die sich einen eigenen Willen zur Wahl bilden und ihn äußern können. Ihnen muss das Wahlrecht zustehen, das fordert auch die UN-Behindertenrechtskonvention. Für die Bundestagswahl hat das Bundesverfassungsgericht kürzlich die Ausschlüsse aufgehoben. Damit dies formell auch schon für die Europawahl gilt, haben wir als Fraktion einen Antrag auf einstweilige Anordnung in Karlsruhe gestellt.

Familien mit Kinderwagen, ältere Menschen mit Rollatoren oder auch Menschen mit Rollstühlen sind auf eine barrierefreie Umwelt angewiesen. Bordsteinkanten, Treppenaufgänge und Drehtüren stellen oftmals Hindernisse dar. Der Zugang zu Arztpraxen, das Einsteigen an Bushaltestellen oder die Nutzung von Umkleidekabinen ist vielfach nur mit fremder Hilfe oder gar nicht möglich. Bei allen Planungen sollte mehr Wert auf eine verbesserte Zugänglichkeit gelegt werden als bisher. Es muss selbstverständlich werden, dass bei öffentlich gefördertem Wohnungsneubau auch barrierefrei gebaut wird und dass alle Menschen auch am öffentlichen Leben teilhaben können.

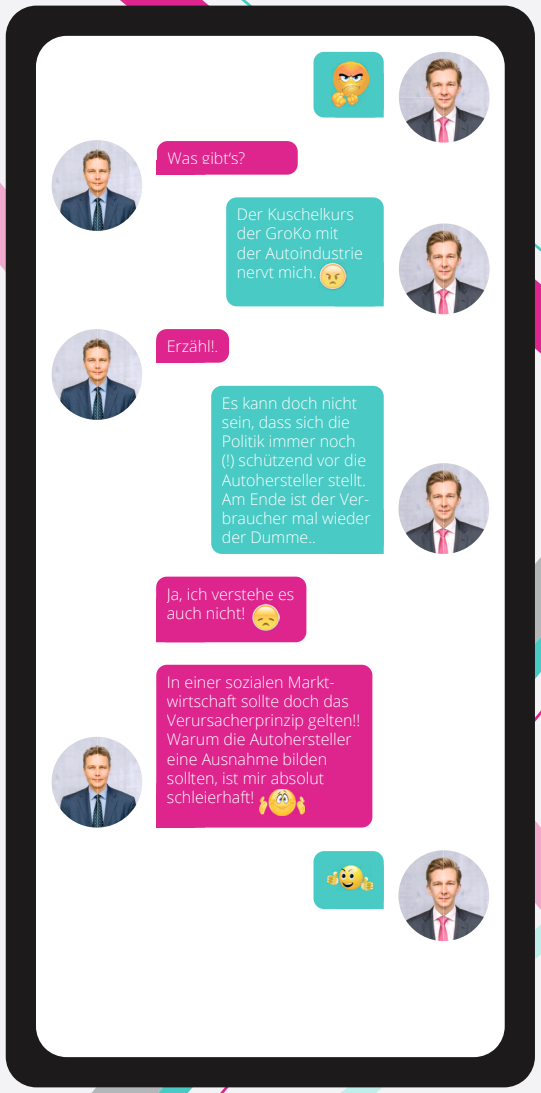
Zugänglichkeit

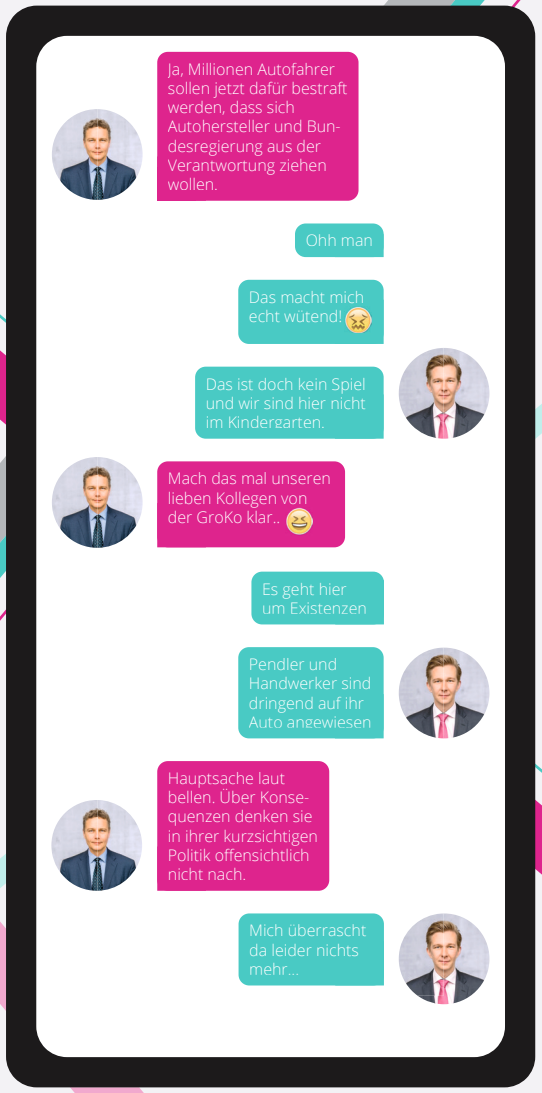
barrierefrei bauen ist nicht teuer

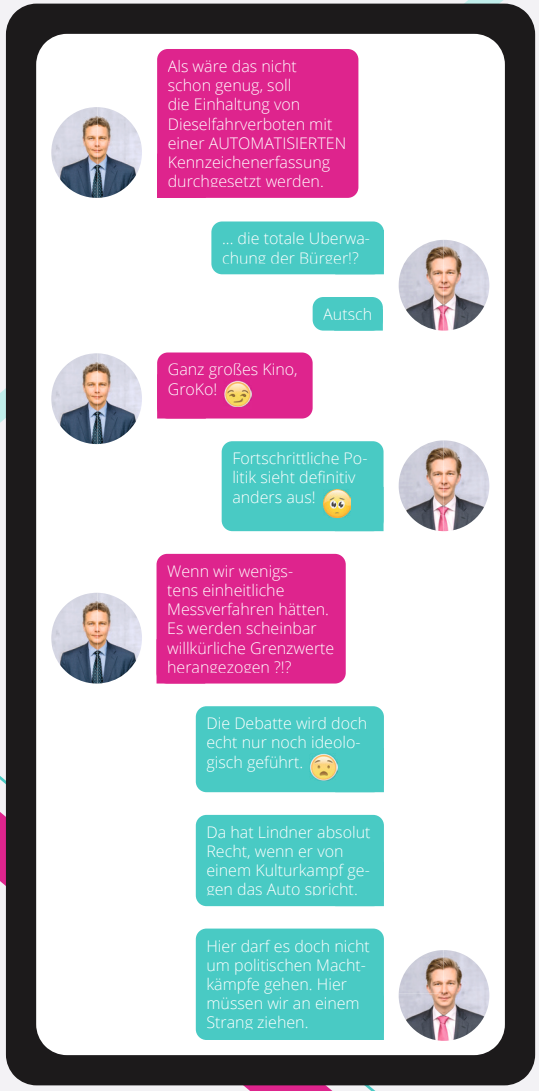
Diesel-Skandal

Verantwortung einfordern

WILLKÜR




Ja, Millionen Autofahrer sollen jetzt dafür bestraft werden, dass sich Autohersteller und Bundesregierung aus der Verantwortung ziehen wollen.
Ohh man
Das macht mich echt wütend!
Das ist doch kein Spiel und wir sind hier nicht im Kindergarten.
Mach das mal unseren lieben Kollegen von der GroKo klar..
Es geht hier um Existenzen
Pendler und Handwerker sind dringend auf ihr Auto angewiesen
Hauptsache laut bellen. Über Konsequenzen denken sie in ihrer kurzsichtigen Politik offensichtlich nicht nach.
Mich überrascht da leider nichts mehr...


Als wäre das nicht schon genug, soll die Einhaltung von Dieselfahrverboten mit einer AUTOMATISIERTEN Kennzeichenerfassung durchgesetzt werden.
... die totale Uberwachung der Bürger!?
Autsch
Ganz großes Kino, GroKo!
Fortschrittliche Politik sieht definitiv anders aus!
Wenn wir wenigstens einheitliche Messverfahren hätten. Es werden scheinbar willkürliche Grenzwerte herangezogen ?!?
Die Debatte wird doch echt nur noch ideologisch geführt.
Da hat Lindner absolut Recht, wenn er von einem Kulturkampf gegen das Auto spricht.
Hier darf es doch nicht um politischen Machtkämpfe gehen. Hier müssen wir an einem Strang ziehen.

JB MSP

Ganztagsbetreuung

der Vielfalt Rechnung tragen

8.350.000 Schülerinnen, 32.995 Schulen und Schüler – eine Lösung für alle? Die Debatte um die Ganztagsschule wird zunehmend zur Glaubensfrage stilisiert. Offene oder gebundene Ganztagsschule?

Fakt ist jedoch, dass eine Einheitslösung den vielfältigen Lebensentwürfen von Eltern und Kindern nicht gerecht wird. Stattdessen brauchen wir qualitativ hochwertige Ganztagsangebote, die vor allem bedarfsgerecht und verlässlich zur Verfügung stehen. Dies bedeutet auch, dass die Schule in ihrem gesellschaftlichen Umfeld gesehen werden muss. Vereinbarkeit von Familie und Beruf ebenso wie pädago-

JB MSP

gischer Anspruch und die Freizeitgestaltung der Kinder, beispielsweise im Sportclub vor Ort, spielen eine Rolle. Die Perspektiven und Bedürfnisse von Eltern, Trägern, Lehrern und Schülern sind so verschieden wie die Gemeinden, in denen sie zusammenleben. Deswegen muss über die Ausgestaltung der Ganztagsschule auch genau hier entschieden werden: vor Ort und zwar von Eltern und Lehrern und auch Schülern gemeinsam. Nur so können wirklich bedarfsgerechte, flexible Lösungen gefunden werden, die der Vielfalt unserer Familien und Kommunen Rechnung tragen.

Einen gemeinsamen Ansatz hätten wir uns auch im Bereich der Kita-Gebühren gewünscht. Es kam anders. Es kam das sogenannte „Gute-Kita-Gesetz“. Pauschale Beitragsfreiheit statt echte Investitionen in Qualität – nicht nur in Niedersachsen. Richtigerweise gilt schon jetzt: Wer bedürftig ist, zahlt keine oder eine geminderte Kita-Gebühr. Doch die Qualität einer Kita verbessert sich nicht dadurch, dass sie für alle kostenlos ist. Unser Nachholbedarf bei Personal, Betreuungsschlüssel und Sprachförderung in der frühkindlichen Bildung ist noch viel zu groß. Daher muss gelten: Qualität vor pauschaler Beitragsfreiheit!

Beitragsfreiheit

Vorrang für Qualität

Digitalisierung

Error 404: GroKo not found.

„Ich denke, dass es einen Weltmarkt für vielleicht fünf Computer gibt." Dieses Zitat von 1943 stammt von dem damaligen IBM-Chef Thomas Watson. Es war eine kolossale Fehleinschätzung. Die über 3,5 Milliarden Internetnutzer heute sind der Beweis. Doch welche Chancen bietet die Digitalisierung in der Schule? Noch immer hält sich der Irrglaube, Digitalisierung im Unterricht bedeute eingescannte Arbeitsblätter. Aber Digitalisierung ist kein Selbstzweck. Dennoch ist die fächerübergreifende Vernetzung von Unterrichtsmaterialien, Lehrkräften und Schülern keine überflüssige Spielerei. In dienender Funktion ermöglicht die Digitalisierung eine bessere, individuellere Bildung. Dabei

JB MSP

ist der sichere Umgang mit digitalen Möglichkeiten und Medien unerlässlich. Pauschale Verbote, wie z.B. von Handys, sind dabei nicht zielführend. Vielmehr müssen Kinder und Jugendliche altersangemessen an digitale Medien herangeführt und im Umgang mit ihnen gestärkt werden. Medienkompetenz ist digitale Kulturtechnik!

Und die Regierung? „5G ist nicht an jeder Milchkanne notwendig." Dieses Zitat von 2018 stammt leider von Bundesbildungsministerin Anja Karliczek. Thomas Watsons Einschätzung hat sich bereits als kolossal falsch herausgestellt. Die GroKo ist dabei, den Fehler zu wiederholen.

Wie mit digitalen Medien umgehen? Wie mit Risiken wie z.B. Cybermobbing? Der Schlüssel ist Medienkompetenz. Umfang und Art digitalen Medienkonsums, der Umgang miteinander – all das leben wir tagtäglich vor. Dennoch ist klar: Die Schulen müssen endlich aus der Kreidezeit ins digitale Zeitalter geholt werden. Auch personell brauchen wir angemessene Rahmenbedingungen: Medienkompetenz muss in der Lehrerausbildung dringend gestärkt werden. Gemeinsam in Schule und Familie muss unser Anspruch sein: mündig im freien Internet, statt gegängelt im staatlichen Filter-Net!

Medienkompetenz

digitale KulturTechnik

Inklusion

Wahlfreiheit für Eltern und Kinder

Beste Bildung muss vom Kind her gedacht werden. Jedes Kind hat seine eigenen individuellen Bedarfe und Talente. Doch im Bereich der Inklusion ist ein ideologischer Kampf entbrannt. Und wie immer bei solchen Kämpfen geht es längst nicht mehr um die bestmögliche individuelle Förderung der Kinder.

Aber wir müssen die Debatte nicht ideologisch, sondern im besten Interesse der Kinder führen. Deswegen müssen wir die Wahlfreiheit zwischen Regel- und Förderschulen erhalten. Förderschulen können Kindern dabei helfen, ihr eigenes Tempo zu finden und bestmöglich zu fördern.

JB MSP

Dort arbeiten Lehrer mit sonderpädagogischen Ausbildungen, die sich auf die verschiedenen Bedürfnisse einstellen können. Denn viele Regelschulen sind nicht entsprechend ausgestattet und Lehrer nicht hinreichend fortgebildet.

Im Sinne der bestmöglichen Förderung eines jeden Schülers braucht es die Erhaltung der Förderschulen sowie bessere Ausstattung der Regelschulen. Denn die eine richtige Lösung gibt es nicht: Die Wahlfreiheit für Eltern und Kinder muss bestehen bleiben - im Interessse des jeweiligen Kindes!

Nicht nur im Bereich Inklusion ist Schulsozialarbeit besonders wichtig. Auch bei den Themen Integration und individuelle Förderung nimmt die Schulsozialarbeit eine Schlüsselrolle ein. Sie entlastet Lehrkräfte, ist Ansprechpartner für Schüler und Eltern. Der Bund hat in der Vergangenheit Anschubfinanzierungen für Schulsozialarbeit geleistet. Dies ist jedoch keine befriedigende Situation – bei der Verstetigung der so geschaffenen Stellen wird durch die Länder oft gespart, da der Bund sich nicht strukturell und verlässlich an Personalkosten beteiligen darf. Lösung: Eine echte Reform des Bildungsföderalismus!

Schulsozialarbeit

Bildungsföderalismus reformieren

JB MSP

Jens Beeck & Matthias Seestern-Pauly
Mitglieder des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1 · 11011 Berlin
beeck.seestern-pauly@bundestag.de